

Nr. 16/605

Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2005
(Drucksache 16/535)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/606

Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs und Ausbildungsplatzsituation im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 8. Februar 2005
(Drucksache 16/527)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005

(Drucksache 16/616)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/607

Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für Jugendliche verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 24. Mai 2005
(Drucksache 16/627)

1. Der Senat wird gebeten, das Landesprogramm zur Förderung von Ausbildungsverbänden fortzusetzen, sowie die Exam-Ausbildungsbüros in Bremen und Bremerhaven weiterhin zu fördern.
2. Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen des Bremer Ausbildungspaktes darauf hinzuwirken, dass möglichst alle ausbildungssuchenden Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen.
3. Der Senat möge darlegen, wie sichergestellt ist, dass bei der Bremer BAGIS und der Bremerhavener Arbeitsgemeinschaft durch genügend qualifiziertes Personal (in Verhältnis 1 : 75) die im Gesetz geforderte intensive Betreuung von Jugendlichen gewährleistet ist.
4. Der Senat wird gebeten darzulegen, wie er die einschlägigen bundesgesetzlichen Regelungen im Land Bremen umsetzt, so dass gewährleistet wird, bis zum Jahresende die Dauer der Arbeitslosigkeit jedes Jugendlichen unter 25 Jahren auf maximal drei Monate zu beschränken und
5. zügig mit allen arbeits- und ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen Eingliederungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Ausnahmen darf es nur geben, wenn dafür keine Notwendigkeit besteht, z. B. weil feste Termine für weitere Schulbesuche anstehen oder eine Ausbildung begonnen werden soll.

6. Der Senat wird gebeten darzulegen, wie im Land Bremen erreicht wird, dass
 - a) Jugendliche zeitnah die erforderlichen aktiven Leistungen zur Integration in den Arbeitsmarkt erhalten,
 - b) die Belange Behinderter und Benachteiligter angemessen berücksichtigt werden,
 - c) eine hohe Qualität der Leistungen, die auch das Nachholen des Hauptschulabschlusses einschließt, gewährleistet und
 - d) die verfügbaren Mittel effizient eingesetzt werden.
7. Der Senat wird gebeten darzulegen, wie er die einschlägigen bundesgesetzlichen Regelungen im Land Bremen umsetzt, um den Rechtsanspruch erwerbsfähiger junger Frauen und Männer auf vorrangige Vergabe von Plätzen zur Tagesbetreuung zu gewährleisten, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.
8. Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Zahl der Ausbildungsplätze in Verwaltungen und öffentlichen Gesellschaften auch in Zukunft – möglichst überdurchschnittlich – hoch bleibt.
9. Der Senat wird gebeten, eine Initiative auf den Weg zu bringen, mit der „Ausbildungspaten“ junge Menschen unterstützen. Es ist zu prüfen, ob der damit verbundene Koordinationsbedarf als zusätzliche Aufgabe von den Exam-Ausbildungsbüros übernommen werden kann.
10. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) unmittelbar nach der Sommerpause einen detaillierten Bericht zur Ausbildungs- und Beschäftigungssituation junger Menschen unter 25 Jahren im Land Bremen vorzulegen. Darin soll insbesondere dargelegt werden, welche Maßnahmen aufgrund der Hartz-IV-Gesetzgebung ergriffen wurden, wie sich diese konkret ausgewirkt haben, und wie gegebenenfalls noch bestehende Defizite zeitnah behoben werden sollen.

Nr. 16/608

Bedeutung und Stärkung der Umweltwirtschaft im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 15. Februar 2005
(Drucksache 16/539)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2005

(Drucksache 16/602)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/609

Tierversuche im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Februar 2005
(Drucksache 16/552)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005

(Drucksache 16/617)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/610

Neuer Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie über den Zugang zum Markt für Hafendienste (Port Package II)

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 15. April 2005
(Drucksache 16/584)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den neuen Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang zum Markt für Hafendienste in der vorliegenden Form ab.
2. Der Senat wird aufgefordert, sich im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Möglichkeiten dafür zu verwenden, dass der Entwurf in der derzeitigen Fassung abgelehnt wird.
3. Der Senat wird gebeten, die Bürgerschaft (Landtag) über den Fortlauf des Verfahrens zeitnah zu unterrichten.

Nr. 16/611

Luftqualität verbessern: Rußfilter für den öffentlichen Fuhrpark

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. September 2004
(Drucksache 16/392)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. alle Initiativen auf der Bundesebene zu unterstützen, die den schnelleren Einsatz von Partikelfiltern in Dieselfahrzeugen befördern;
2. Vorschriften für die Anschaffung von Dieselfahrzeugen für die Dienststellen und Eigenbetriebe in Bremen und Bremerhaven zu erlassen, in denen die Ausstattung mit Ruß-Partikelfiltern vorgeschrieben wird;
3. sich bei den Gesellschaften, die sich ganz oder teilweise in öffentlichem Eigentum befinden, ebenfalls für diese Regelung einzusetzen.

Nr. 16/612

Luftqualität verbessern: Rußfilter für den öffentlichen Fuhrpark

Mitteilung des Senats vom 19. April 2005
(Drucksache 16/588)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/613

Keine öffentliche Finanzierung des Visionarums

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 18. April 2005
(Drucksache 16/585)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/614

Keine öffentliche Finanzierung des Visionarums

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Mai 2005
(Drucksache 16/634)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/615

Stärkung der Luft- und Raumfahrtindustrie im Land Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 20. April 2005
(Drucksache 16/590)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für die Stärkung der deutschen Raumfahrtstandorte einzusetzen, und die Sicherstellung der deutschen Präsenz in wichtigen europäischen Gremien durch die Erhöhung des Anteils deutscher Mitarbeiter innerhalb der ESA und der EU zu gewährleisten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die nationalen Raumfahrtprogramme und der im Weißbuch von der EU-Kommission zugrunde gelegte Weltraum-Aktionsplan aufeinander abgestimmt werden.
3. Der Senat wird gebeten, durch die Verstärkung bereits bestehender Netzwerkstrukturen sich für die Steigerung der Leistungsfähigkeit der bremischen Zuliefererunternehmen einzusetzen.
4. Der Senat wird aufgefordert, bis Herbst 2005 eine Evaluierung der im Zwei-Städte-Staat vorhandenen Aktivitäten im Raumfahrtsektor vorzulegen, wonach in enger Abstimmung mit der EU das vorhandene Know-how gestärkt und neuer Tätigkeitsfelder, insbesondere im Forschungsbereich, erschlossen werden sollen.

Nr. 16/616

Gegen Auswüchse der EU-Dienstleistungsfreiheit – Scheinselbständigkeit bekämpfen!

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)
vom 2. Mai 2005
(Drucksache 16/598)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/617

Keine Aufhebung des Vergaberechts öffentlicher Ausschreibungen!

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)
vom 3. Mai 2005
(Drucksache 16/599)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/618

Gesetz über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005
(Drucksache 16/612)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 16/619

Waldgesetz für das Land Bremen (Bremisches Waldgesetz – BremWaldG)

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005
(Drucksache 16/613)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 16/620

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Reform des Bestattungswesens im Land Bremen
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 4. Mai 2005
(Drucksache 16/605)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Mai 2005
(Drucksache 16/633)
2. Bremen muss mehr tun bei der Korruptionsbekämpfung
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Mai 2005
(Drucksache 16/606)
3. Bericht über die Aktivitäten der nordmedia – Die Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH
Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005
(Drucksache 16/618)
4. Verbindliche Ausgangsschrift an Grundschulen im Land Bremen
Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005
(Drucksache 16/619)

